

26. November 2015

Spitzengremien des Deutschen Städtetages berieten in Hamburg

Bund und Länder müssen Integration verstärken – Wohnraum fördern und Aufnahme in Kitas, Schulen und Arbeitsmarkt unterstützen

Neben allen Anstrengungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern muss nach Auffassung des Deutschen Städtetages die Integration der Menschen mehr beachtet werden, die längere Zeit bei uns bleiben werden. Dabei gelte es, die Integrationsbemühungen der öffentlichen Ebenen und aller Beteiligten möglichst wirksam zu einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung zu bündeln. Die Städte erwarten und benötigen angesichts der erheblichen Zahl der Menschen, um deren Aufnahme in die Gesellschaft es geht, eine erheblich stärkere Unterstützung ihrer Integrationsleistungen durch Bund und Länder. Das machte der Deutsche Städtetag heute nach seinen Gremiensitzungen in Hamburg deutlich.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, sagte: **„Die Kommunen schultern zum großen Teil die Aufnahme der Flüchtlinge und ihre Integration in Deutschland. Deshalb muss es ein ureigenes Interesse von Bund und Ländern sein, die Kommunen maßgeblich, auch finanziell bei der Integration zu unterstützen. Die Integrationspolitik muss auf die Menschen mit Bleibeperspektive eingehen und ihren Weg in unsere Gesellschaft fördern. Gleichzeitig müssen wir vermitteln, was wir erwarten: die Anerkennung von Regeln und Werten unserer Gesellschaft und die Einhaltung unserer Gesetze. Integration ist somit Fördern und Fordern zugleich.“** Genauso konsequent müsse die Politik aber ihr Engagement für die schon lange hier lebenden Bürgerinnen und Bürger etwa bei Bildung, Arbeit und Wohnen fortsetzen.

Zu den notwendigen Maßnahmen der Integration betonte die Städtetagspräsidentin: **„Wir brauchen ein stärkeres Angebot an Sprach- und Integrationskursen, die stärkere Förderung von Kindern und Jugendlichen in Kindertagesbetreuung und Schulen, gezielte Angebote zum Nachholen von Ausbildungsabschlüssen und Angebote der Weiterbildung. Notwendig sind außerdem Maßnahmen zur Integration von Bürgerkriegsflüchtlingen und politisch Verfolgten in den Arbeitsmarkt und zur Mobilisierung eines ausreichenden Angebots an Wohnraum. In aller Regel sollten Integrationsangebote verpflichtend ausgestaltet werden.“**

Schulbesuch von minderjährigen Asylbewerbern und Flüchtlingen organisieren

Ein erfolgreicher Schulbesuch von schulpflichtigen Flüchtlingen und Asylbewerbern legt den Grundstein für gesellschaftliche Teilhabe, Spracherwerb und erfolgreiche Berufsvorbereitung. Deshalb fordert der Deutsche Städtetag die Länder auf, Sondermittel für den Bau und die Ausstattung von Schulräumen zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollten die Länder die für Flüchtlingsunterkünfte geltenden baurechtlichen Erleichterungen auch befristet für Schulbauten zulassen, etwa um kurzfristig mobile Unterkünfte für den Schulunterricht einsetzen zu können. **„Schulräume und qualifiziertes Lehrpersonal sind Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch. Die Länder müssen dafür genügend Lehrkräfte neu einstellen und unbürokratisch alle Möglichkeiten zu nutzen, geeignetes Personal zu qua-**